

Ressort: Politik

Bundesregierung setzt Euro-Südländer unter Druck

Berlin, 30.06.2013, 11:14 Uhr

GDN - Im Streit um den künftigen Kurs in der Euro-Staatsschuldenkrise weist die Bundesregierung den Wunsch südeuropäischer Krisenländer zurück, sie durch eine stärkere Förderung des Wachstums zu unterstützen, und drängt stattdessen auf unverminderte Spar- und Reformanstrengungen. In einer internen Vorlage des Bundesfinanzministeriums heißt es laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel": "Die schwache wirtschaftliche Lage in der Euro-Zone ist kein Grund, von der Doppelstrategie nachhaltiger fiskalischer Konsolidierung, kombiniert mit Strukturreformen abzuweichen."

Der bisherige Kurs sei erfolgreich. Die andauernde Wachstumsschwäche sei "Ausdruck des tiefgreifenden Anpassungsprozesses, den die Euro-Zone momentan durchläuft und keineswegs monokausal auf die Haushaltskonsolidierung zurückzuführen". Die Beamten von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) warnten in dem Papier eindringlich davor, jetzt "den notwendigen Anpassungsprozess" zu bremsen. Der portugiesische Wirtschaftsminister Alvaro Santos Pereira drängt dagegen auf neue Impulse im Krisenmanagement. "Europa muss zu Wachstum zurückfinden, Vertrauen schaffen, um Konsum und Investitionen anzukurbeln." Zwar sei ohne solide Staatsfinanzen kein Wachstum möglich. "Aber ohne Wachstum ist es auch kaum möglich, den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen." Der spanische Wirtschaftsstaatssekretär Fernando Jiménez Latorre sagte: "Wir brauchen die Mitwirkung Europas, um die Krise zu überwinden." Unterstützung bekommen die Südeuropäer vom deutschen Chef des Brüsseler Forschungsinstitutes Bruegel. Mindestens 60 Milliarden Euro müssten mobilisiert werden, um die Wachstumsschwäche in Europa zu überwinden. Der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger wies derartige Forderungen zurück. Die EU mache auch in diesem Jahr knapp 500 Milliarden Euro neue Schulden. "Sollen wir jetzt 800 oder 1.000 Milliarden Euro Schulden machen", fragte er.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-16839/bundesregierung-setzt-euro-suedlaender-unter-druck.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619